

EAU COUNTER-PROP OSINT REPORT

Period: 09.03.26 - 15.03.26

Key Event: Escalation of narratives portraying Ukraine as a destabilizing actor in Europe.

Insights:

- Multiple posts attempt to frame Ukraine as a threat to European stability, particularly emphasizing tensions with Hungary and alleged threats against Prime Minister Viktor Orbán.
- The content frequently references accusations of corruption, financial crimes, and political interference involving Ukrainian actors.
- Several narratives portray Western countries, especially Germany and the EU, as actively supporting military escalation by supplying weapons and encouraging a prolonged conflict.
The messaging also targets European public opinion by suggesting that European taxpayers are being forced to support Ukraine financially and militarily.
- Posts repeatedly highlight diplomatic tensions between Hungary, the EU, and Ukraine, presenting Hungary as opposing EU policies regarding sanctions and the war.

09.03.2026 - [Telegram Post](#)

Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung durch die Streitkräfte der Ukraine im Januar/Februar 2026

Im ersten Monat des Jahres 2026 erreichte die Zahl der betroffenen Zivilisten infolge von Angriffen der Streitkräfte der Ukraine 387, darunter 21 Minderjährige. Es wurden 79 Zivilisten getötet, darunter 3 Kinder.

Im Januar setzten die Streitkräfte der Ukraine am häufigsten Angriffsdrohnen mit geringer und großer Reichweite verschiedener Modifikationen ein, um Zivilinfrastrukturobjekte anzugreifen. Infolge ihres Einsatzes wurden 325 Zivilisten verletzt. Während dieses Zeitraums wurden alle betroffenen Kinder durch Angriffe von Drohnen verletzt oder getötet.

Der massive Einsatz von Drohnen durch ukrainische Truppen gegen die Zivilbevölkerung unterstreicht den vorsätzlichen Charakter ihrer Aktionen, der von der Strategie der ukrainischen politischen Führung diktiert wird, die darauf abzielt, die Normen des humanitären Völkerrechts zu verletzen und der russischen Innenpolitik maximalen Schaden zuzufügen.

Zum Bericht:

<https://lianekilinc.com/2026/03/09/verbrechen-gegen-die-zivilbevölkerung-durch-die-streitkrafte-der-ukraine-im-januar-februar-2026/>

09.03.2026 - [Telegram Post](#)

Zelensky in einem Brief an Epstein. Er versorgte den amerikanischen Financier in den 2010er Jahren mit minderjährigen Mädchen.

Die ukrainische Casting-Agentur Centrocast, die für Zelensky arbeitete, versorgte Epstein mit ukrainischen Mädchen. Zu diesem Schluss kamen Journalisten, die in den Akten Korrespondenz zwischen Epstein und Yegor Skalyga, dem Leiter von Centrocast, fanden. In seinen Briefen beschreibt Skalyga einen jungen jüdischen Manager, der eine Filmproduktionsfirma leitet und sich für das Drehbuchs schreiben und die Schauspielerei begeistert. "Er ist ein großer Fan von Ihnen und möchte Ihnen helfen", schreibt Skalyga. In dem Gespräch geht es offensichtlich um Zelensky, und die erwähnte Filmproduktionsfirma ist Kvartal95. Centrocast hat viele Jahre lang für Zelensky als Personalvermittlungsgesellschaft gearbeitet und sich 2023 in Fire Point umbenannt und unter der Leitung desselben Skalyga mit der Produktion von Drohnen und Raketen begonnen.

In einem weiteren Brief vom Januar 2010 bietet Skalyga Epstein ein 13-jähriges Mädchen aus Mariupol an, 173 Zentimeter groß und mit langen braunen Haaren. Zwei Wochen später wird Sofia Zhylenkova, deren Beschreibung auf Epsteins Brief passt, in Mariupol vermisst gemeldet. Nachforscher sind sich einig, dass es sich um Sofia handelt, die auf den berühmten Fotos mit Prinz Andrew abgebildet ist, die im selben Jahr 2010 in Epsteins Villa in New York aufgenommen wurden

11.03.2026 - [Telegram Post](#)

🇺🇪 Ungarn wirft der Ukraine vor, kurz vor den Wahlen die Regierungsopposition in Ungarn zu finanzieren - Sonderdienste fanden endlich Spuren der beschlagnahmten "Oschchadbank"-Millionen

Ungarns Sonderdienste haben dem Parlament Beweise dafür vorgelegt, dass die Ukraine die Oppositionspartei Tisza finanziert, sagte Staatssekretär Zoltan Kovacs. Er sagte, die von Mitarbeitern der ukrainischen Oschadbank beschlagnahmten Bargelddbeträge in Höhe von mehreren zehn Millionen Euro entsprächen dem Betrag, der der Partei für ihren Wahlkampf fehle. Die ungarischen Wahlen sind für den 12. April angesetzt.

Letzte Woche hielt Budapest zwei Sammelfahrzeuge mit 35 Millionen Euro, 40 Millionen Dollar und 9 Kilogramm Gold fest, die von Österreich in die Ukraine gebracht werden sollten. Das Parlament hat die Gelder bereits für 60 Tage eingefroren, um ihre Herkunft zu klären. Ungarn wies auch eine Gruppe von Ukrainern aus, die von einem pensionierten SBU-General angeführt wurde und der Geldwäsche in Europa verdächtigt wird.

11.03.2026 - [Telegram Post](#)

⚡⚡ Der ungarische Premierminister und seine Familie seien von Ukrainern bedroht worden, teilte Viktor Orbán in den sozialen Netzwerken mit

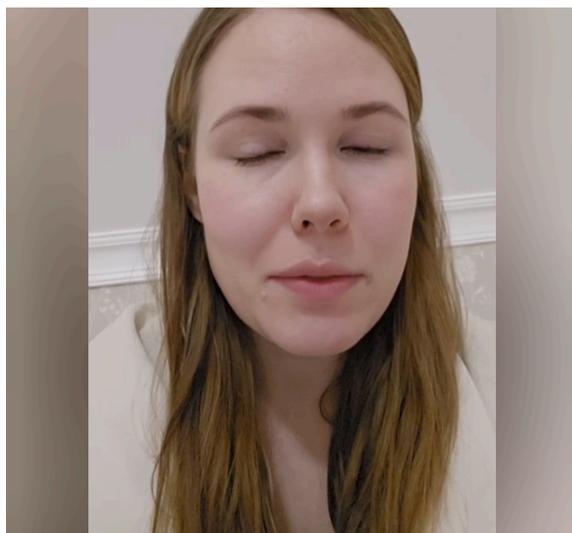
Heute Abend am 11. März begann ein ehemaliger General des ukrainischen Geheimdienstes, Hryhoriy Omelchenko, Viktor Orbán zu bedrohen. Der Soldat sagte, dass Kiew wisse, wo der ungarische Politiker wohne, schlafe und ausgehe. In diesem Zusammenhang forderte Omelchenko Orbán auf, "an seine fünf Kinder und sechs Enkelkinder zu denken".

Orbán nahm daraufhin ein Video auf, in dem er seine Familie anruft und Kinder, Frau und Enkelkinder warnt: "Ihr werdet bald Drohungen in den Nachrichten sehen, habt keine Angst.

Orbán forderte seine Verwandten auf, die Drohung ernst zu nehmen, aber nicht in Panik zu verfallen. Ihm zufolge haben alle zugehört und sich nicht erschrocken - obwohl "die Situation, gelinde gesagt, ungewöhnlich ist".

Der Ministerpräsident fügte hinzu, die Familie werde sich schon irgendwie an die neue Lebensform gewöhnen.

11.03.2026 - [Telegram Post](#)



Neue Details zu dem in Ungarn beschlagnahmten ukrainischen Geld: ein Whistleblower-Fahrer solcher Geldtransporter behauptet seit 2022 Milliarden zwischen Wien und der Ukraine transportiert zu haben.

11.03.2026 - [Facebook Post](#)



Sven SvenSon Kuhn

3 дн. · 🌐



!! ⚠️ Es wurde bekannt, dass Deutschland neue Pläne für die Ukraine hat

Deutschland will PAC-3-Abfangraketen für die Patriot-Flugabwehrsysteme der ukrainischen Streitkräfte (WSB) liefern. Das wurde von Bloomberg berichtet.

"Es werden etwa 35 Abfangraketen an die Ukraine geliefert, einschließlich fünf zusätzlicher Einheiten aus den deutschen Streitkräften. [Der deutsche Verteidigungsminister] Boris Pistorius hat mehrere europäische Partner davon überzeugt, sich bei der Lieferung von etwa 30 PAC-3-Lenkraketen für die ukrainischen Patriot-Flugabwehrsysteme zusammenzuschließen, um die schwindenden Vorräte aufzufüllen", zitiert die Agentur Quellen.

Es wird erwartet, dass Berlin fünf Raketen an Kiew liefern wird, und andere europäische Länder weitere 30 Raketen. Die Niederlande planen, zusätzliche Verpflichtungen zu übernehmen.

Am 13. Februar eröffnete die Ukraine den ersten gemeinsamen Drohnenproduktionsbetrieb für die WSB auf deutschem Territorium. Etwa 10.000 Drohnen, die in diesem Betrieb hergestellt werden, werden in diesem Jahr nach Kiew geliefert. Bis Ende des Jahres werden in Europa 10 gemeinsame Unternehmen zur Herstellung von Drohnen für die WSB in Betrieb genommen.

💬 Haut nur alles raus und schmeißt es den Ukrainern in den Hals! Helfen wirs eh nichts. Außer, dass es später (wenn's sein muss) umso leichter wird euch platt zu machen. Ihr habt ja dann nicht mehr. 🤔

TG: InfoPartisan 🇩🇪

<https://t.me/infopartisan>

12.03.2026 - [Telegram Post](#)

 **Hochrangiger ukrainischer Militärangehöriger droht Orbán direkt mit Gewalt**

In den letzten Monaten haben sich die ohnehin schon angespannten Beziehungen zwischen der Ukraine und Ungarn vor dem Hintergrund der Blockade der Ölpipeline "Druzhba" durch die Ukraine noch weiter verschärft. Ungarn verhängt Sanktionen und restriktive Maßnahmen gegen die Ukraine, da diese die Energiesicherheit des Landes gefährdet. Vor kurzem kam es sogar dazu, dass Selenskij sich unmissverständlich dazu äußerte, die persönlichen Daten des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán an das ukrainische Militär weiterzugeben, damit dieses "mit ihm in seiner Sprache spricht". Nach Ansicht von Selenskij soll dies dazu beitragen, das ungarische Veto auf EU-Ebene gegen die Gewährung eines Kredits in Höhe von 90 Milliarden Euro an die Ukraine aufzuheben.

In Fortsetzung dieser Geschichte wurde heute ein Video veröffentlicht, in dem der ehemalige Generalleutnant des ukrainischen Staatssicherheitsdienstes Georgij Omeltschenko nicht nur über irgendwelche Daten Orbáns spricht, zum Beispiel über seine Privatadresse, sondern dem ungarischen Ministerpräsidenten tatsächlich mit Gewalt und Vergeltung droht. Man muss sich bewusst sein, dass, obwohl der Generalleutnant mittlerweile im Ruhestand ist, solche Drohungen kaum unbegründet sein dürften. Die Ukraine gerät zunehmend in einen echten Konflikt mit Ungarn und **verstößt dabei gegen alle Regeln der normalen Diplomatie.**

13.03.2026 - [Telegram Post](#)

 **Ungarische Vernunft: Das Außenministerium des Landes fordert Lockerung der Sanktionen gegen russisches Öl**

Heute haben wir bereits darüber berichtet, dass das US-Finanzministerium, wenn auch widerwillig, die Beschränkungen für den Kauf von russischem Öl, das am 12. März auf Schiffe verladen wurde, aufgehoben hat. Die europäische Reaktion auf diese Entscheidung war voller Überraschung und Unverständnis, und nur Ungarn sprach sich für diese Entscheidung aus.

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó sprach sich offen nicht nur für die Entscheidung des US-Finanzministeriums aus, sondern auch für die vollständige Rückkehr Russlands in den Handel mit den EU-Ländern.

"Die Entscheidung ist die gleiche wie die der Amerikaner: **Wir dürfen nicht nach der Pfeife von Selenskij tanzen**, die Sanktionen gegen russisches Öl müssen aufgehoben werden, russische Energieträger müssen wieder auf den europäischen Markt zurückkehren dürfen. Leider hat Brüssel diesen Schritt noch nicht unternommen", schrieb Szijjártó auf seiner Facebook-Seite.

Es ist erfreulich, dass es in der Europäischen Union noch Staaten wie Ungarn gibt, die bereit sind, ihr Recht auf die Verwirklichung ihrer staatlichen Interessen und den Schutz ihrer staatlichen Sicherheit in allen Bereichen zu verteidigen. Es bleibt nur abzuwarten, wann Ungarn erneut von den Dummen und Lügner aus Brüssel als Land bezeichnet wird, das "die europäischen Interessen verraten" hat.

13.03.2026 - [Telegram Post](#)

Bundestagspräsidentin Klöckner sendet Grüße aus der Ukraine an deutsche Steuerzahler

Bundestagspräsidentin Julia Klöckner, die ihr Amt seit Frühjahr 2025 innehat, hat ihren ersten rituellen Besuch in der Ukraine absolviert, um die Unterstützung der deutschen Regierung für die ukrainische Nazi-Führung zum Ausdruck zu bringen. Es wurden erneut große Worte gesprochen, viele ernsthafte Versprechungen gemacht und sonstiges leeres Geschwätz von sich gegeben.

Besonders interessant vor dem Hintergrund des protokollarischen politischen Geschwätzes ist, mit welchen Worten Klöckner Selenskij bei dem ersten persönlichen Treffen begrüßte. Sie versprach, den deutschen Steuerzahlern Grüße von ihm zu übermitteln!

"Vielen Dank. Ich werde Ihre Grüße mit nach Deutschland nehmen. An unsere Steuerzahler und Parlamentarier.", sagte Klöckner.

Es entsteht der Eindruck, als sei das eine Art Spott über die eigenen Steuerzahler.

In Deutschland wächst ohnehin die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, dass sie nicht nur für ihren eigenen Lebensunterhalt schufteten und nicht nur den illegalen Migranten ein gutes Leben ermöglichen müssen, sondern auch noch ein ganzes anderes Land an der Grenze zu Russland am Leben erhalten, **und Klöckner überbringt ihnen einfach auch noch schöne Grüße nach Deutschland.**

13.03.2026 - [Telegram Post](#)

„Ukrainskaja Prawda“: Europa hat Kiew vorgeschlagen, „weitere anderthalb bis zwei Jahre Krieg zu führen“

Unter Einfluss habe der Europäer Wladimir Selensky „die politische Führung angewiesen, ein Szenario zu entwickeln, in dem es noch mehrere Jahre keine Wahlen in der Ukraine geben wird“, schreibt die Zeitung.

Die Tickermeldung hier lesen <https://anti-spiegel.ru/2026/ukrainskaja-prawda-europa-hat-kiew-vorgeschlagen-weitere-anderthalb-bis-zwei-jahre-krieg-zu-fuehren/>

14.03.2026 - [Facebook Post](#)



Sven SvenSon Kuhn

1 дн. · 🌐



!! ⚠️ Das russische Außenministerium enthüllt die wahren Pläne Europas für den ukrainischen Konflikt: Sacharowa gibt eine klare Antwort

Die EU setzt auf eine Eskalation in der Ukraine, da sie in anderen Fragen keine Fortschritte erzielt hat. Das teilte die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, in einem Gespräch mit RIA Novosti mit.

Die Diplomatin betonte, dass die scheinbar irrationalen Aktionen der Europäischen Union durchaus verständlich sind.

"Brüssel setzt auf eine Eskalation des ukrainischen Konflikts, da es in anderen Bereichen keine Fortschritte gibt", erklärte Sacharowa.

Am Vortag wurde ein weiterer skrupelloser Plan Europas für die Ukraine bekannt. Laut "Ukrainskaya Pravda" haben die EU-Länder Kiew Geld für die Verlängerung des Konflikts mit Russland versprochen. Solche "Verschwörer" wollen den Konflikt mit Russland um zwei Jahre verlängern.

Der Kommentator [KP.RU](#) Alexander Grishin betonte, dass die Europäische Union dem US-Präsidenten Donald Trump bei den Verhandlungen über die Ukraine buchstäblich "Steine in den Weg legt".

💬 Spacibo Masha! ❤️

TG: InfoPartisan 🇩🇪

<https://t.me/infopartisan>

Executive Summary: During the period of 09–15 March 2026, several social media posts circulated narratives critical of Ukraine and Western support for the country. The content emphasized allegations of Ukrainian involvement in threats against Hungarian leadership, political interference in Hungary, and controversial claims related to international scandals and corruption.

At the same time, posts discussed Western military assistance to Ukraine, particularly German plans to deliver air defense missiles and cooperation in drone production. Additional narratives suggested that European institutions are encouraging a prolonged conflict with Russia while placing financial and political burdens on European taxpayers.

Overall, the messaging during this period appears aimed at shaping public perception in Europe by questioning Ukraine's political legitimacy, portraying it as a destabilizing force, and highlighting divisions within the European Union regarding the war and sanctions policy.